

## Anfragen zum Plenum in der 13. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Die Gemeinschaftsunterkunft in Weiden soll geschlossen werden, hier sind 126 Bewohner aus verschiedenen Herkunftsländern untergebracht, darunter auch viele Kinder – dazu frage ich die Staatsregierung, wie die Auflösung der Gemeinschaftsunterkunft vonstattengehen soll (bitte auch auf den zeitlichen Rahmen und die Pläne der Umverteilung auf Ausweichunterkünfte eingehen), wie abgesichert wird, dass vulnerable Gruppen (Schul- und Kitakinder, schwer und chronisch erkrankte Bewohner, Alleinerziehende) sowie Berufstätige, in Weiden umverlegt werden und wie eine „Nachverdichtung“ in die dezentralen Unterbringungen der Stadt Weiden, die bereits überfüllt sind, umgangen werden kann?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Laut Veröffentlichung Staatsministeriums der Justiz vom 01.01.2026 wurde das „Ziel erreicht: E-Akte an allen Gerichten und Staatsanwaltschaften im Freistaat eingeführt / 3,5 Millionen Verfahrensakten rein elektronisch geführt“, daher frage ich die Staatsregierung, gibt es aktuell trotz des verkündeten Erfolgs Probleme bei der Umsetzung dieses Zieles technischer Art, insbesondere wie häufig (bzw. bitte Zeiträume nennen, Tage, Uhrzeiten) wurde der justizielle Dienstbetrieb durch „Updates“ oder anderweitige Systemfehler und deren Behebung zeitlich behindert, bzw. inwiefern ist insbesondere bei Staatsanwaltschaften und dem notwendigen Datenaustausch mit der Polizei als Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft eine Kompatibilität jeweiliger Software gewährleistet, bzw. inwieweit ergeben sich aus einer Inkompatibilität der Betriebssysteme bei umfangreichen aktuellen rein digitalisierten Ermittlungsverfahren Probleme (z. B. durchgehende Paginierung der Akten)?

**Jörg Baumann**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Einsätze unter Verwendung eines Tasers durch die Bayerische Polizei seit dessen Einführung insgesamt durchgeführt wurden, in welchen konkreten Einsatzlagen und unter welchen Voraussetzungen der Taser jeweils zum Einsatz kam (bitte auch auf bisherige Erfahrungen und auf daraus gezogene Konsequenzen der Staatsregierung eingehen)?

**Nicole Bäuml**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Schritte seit der Vorlage des Gutachtens der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung im Mai 2025 zur Erarbeitung des angekündigten „Masterplans Lehrkräftebildung Bayern“ unternommen wurden, wann mit dessen Vorlage zu rechnen ist und welche Akteure – insbesondere Universitäten, Lehrerverbände und Studierende – in den Erarbeitungsprozess einbezogen sind?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der aktuelle Sachstand zur angedachten Erweiterung des T2-Satelliten am Flughafen München, gibt es bereits eine vertragliche Vereinbarung zwischen Lufthansa und Flughafen München GmbH und wenn ja, welche Rechte und Pflichten beinhaltet diese Vereinbarung im Wesentlichen?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist jede der seit Beginn der automatisierten Aufzeichnungen durch die Staatsregierung auf Kraftstoffe erhobenen jeweiligen Steuern und Abgaben (bitte jahresweise und nach den jeweiligen Steuerarten, also Mehrwertsteuer etc. ausdifferenzieren) und wie hoch ist jede der seit 01.01.2025 durch die Staatsregierung auf Kraftstoffe erhobenen jeweiligen Steuern und Abgaben (bitte monatsweise und nach den jeweiligen Steuerarten, also Mehrwertsteuer etc. ausdifferenzieren) und wie hoch ist jede der seit 01.03. 2026 durch die Staatsregierung auf Kraftstoffe erhobenen jeweiligen Steuern und Abgaben (bitte tagesweise und nach den jeweiligen Steuerarten, also Mehrwertsteuer etc. ausdifferenzieren)?

**Andreas Birzele**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche rechtlichen Möglichkeiten Kommunen in Bayern haben, um bei der Erhebung von Erschließungsbeiträgen in Härtefällen insbesondere bei seit vielen Jahren bestehenden provisorischen oder bislang nicht endgültig hergestellten Straßen den beitragspflichtigen Bürgerinnen und Bürgern durch Maßnahmen wie Stundungen oder Erlasse entgegenzukommen (bitte unter Angabe der jeweiligen Rechtsgrundlagen), unter welchen konkreten Voraussetzungen solche Härtefallregelungen gewährt werden können und welche Erkenntnisse der Staatsregierung darüber vorliegen, dass Kommunen durch die Kommunalaufsicht dazu veranlasst werden, technisch noch nicht vollständig hergestellte Straßen fertigzustellen und anschließend über Erschließungsbeiträge abzurechnen, einschließlich bitte der dafür maßgeblichen Gründe.

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage „Wer bestimmt Bayerns Erbschaftssteuerpolitik?“ eingeräumt hat, dass sich neben Ministerpräsident Dr. Markus Söder weitere Mitglieder der Staatsregierung mit dem Verband „Die Familienunternehmer“ und der „Stiftung Familienunternehmen“ getroffen haben, die beide für die Begünstigung von Firmenerben lobbyieren, frage ich die Staatsregierung, was wurde bei den in der Antwort auf meine o. g. Schriftliche Anfrage genannten Treffen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit der „Stiftung Familienunternehmen“ in den Jahren 2019, 2021, 2023

und 2024 hinsichtlich Steuerpolitik besprochen, um was geht es in dem ebenda erwähnten Schreiben der „Stiftung Familienunternehmen“ bezüglich verwaltungsseitiger Umsetzung der Verschonungsbedarfsprüfung nach § 28a Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG) genau (bitte alle Anmerkungen, Forderungen und Vorschläge angeben), und welche der in dem Schreiben genannten Punkte wurden danach aufgegriffen und umgesetzt bzw. nicht umgesetzt?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, worauf basiert beziehungsweise wie lautet die Anordnungsgrundlage für die seit letztem Jahr eingeführten Abfahrts-/Durchfahrtsverbote von Autobahnen oder Bundesstraßen in Bayern (bitte auch Begründung angeben), wie sind die bisherigen Erfahrungen damit und beabsichtigt die Staatsregierung, sich für weitere entsprechende Anordnungen einzusetzen (wenn ja, bitte angeben wo)?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da der geplante Radweg zwischen der Gemeinde Kist (Lkr. Würzburg) und der Gemeinde Großrinderfeld, Ortsteil Gerchsheim (Lkr. Main-Tauber) einen wichtigen Lückenschluss im regionalen und überregionalen Radwegenetz zwischen Tauberbischofsheim und Würzburg darstellt und vonseiten des Landes Baden-Württemberg einer zeitnahen Umsetzung nichts im Wege steht, frage ich die Staatsregierung, welche Faktoren zu einer weiteren Verzögerung im Planungs- und Genehmigungsprozess führen, so dass mit dem Bau des Radwegs auf bayerischer Seite nicht vor dem Jahr 2030 zu rechnen ist, welche Möglichkeiten die Staatsregierung sieht, das Projekt zeitlich vorzuziehen und zu beschleunigen und ob die Staatsregierung die Planung eines sinnvollen Alltagsradweges entlang der Staatsstraße ST 578 immer noch für nachrangiger hält als eine Planung eines Radwegs durch den Irtenberger Forst, die von der Bevölkerung und den betroffenen Gemeinden abgelehnt wird.

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie das Vorgehen des Landratsamts Oberallgäu hinsichtlich des Neubaus der Scheidtobelbahn mit Pistenumbauten im Skigebiet Fellhorn-Kanzelwand dahingehend bewertet, dass bereits vor der Veröffentlichung des Bescheids vom 03.03.2026 im Amtsblatt vom 05.03.2026 mit den Rodungsarbeiten am 04.03.2026 begonnen wurde und damit faktisch der Rechtsbehelf der Umweltverbände ausgeschlossen wurde, inwiefern rechtfertigen die vom Landratsamt genannten Gründe („wenige Spezialfirmen, schwankende Baukosten und das Risiko eines frühen Wintereinbruchs“) einen Sofortvollzug des Bescheids ohne Vorliegen einer artenschutzrechtlichen Ausnahme-genehmigung und wie lassen sich die Auswirkungen des Baus der neuen Scheidtobelbahn auf Natur und Umwelt in ihrer Gesamtheit beurteilen, wenn die Baupläne vom Antragsteller einzeln und nicht im Gesamtzusammenhang eingereicht und vom Landratsamt einzeln bewertet wurden und werden?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden Visa von iranischen Staatsangehörigen, die sich in Bayern aufhalten und aufgrund der

GRÜNEN)

Kriegshandlungen nicht in den Iran zurückkehren können, von den Ausländerbehörden in Bayern unkompliziert verlängert, während gleichzeitig iranische Staatsangehörige von bayerischen Behörden aufgefordert werden, über den Landweg auszureisen (zunächst in die Nachbarstaaten Irans um dann über den Landweg in den Iran einzureisen), werden iranische Staatsangehörige, die mit ein Visum eingereist sind, von bayerischen Behörden aufgefordert Asyl zu beantragen, wie möchte die Staatsregierung die unkomplizierte Verlängerung der Visa ermöglichen?

**Rene Dierkes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, werden in Bayern statistische Daten zum Vollzug der Ausweisung und Abschiebung ausländischer Staatsangehöriger nach rechtskräftiger strafgerichtlicher Verurteilung zu Freiheitsstrafen zentral erfasst, falls ja, welche Daten werden hierbei erhoben, und werden diese Daten regelmäßig ausgewertet oder veröffentlicht?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ausreisepflichtige Asylbewerber wurden seit dem 1. Juli 2025 bis zum 15. März 2026 in Niederbayern abgeschoben, wie viele ausreisepflichtige Personen sind im selben Zeitraum freiwillig aus Niederbayern ausgereist und wie viele ausreisepflichtige Asylbewerber halten sich aktuell in Niederbayern auf?

**Christiane Feichtmeier**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten dem Freistaat durch die gescheiterte Ausschreibung für eine neue Einsatzleitssoftware für die Integrierten Leitstellen (ILS) an die Firma Sopra Steria Group SE inklusive Rücktritt vom Vertrag samt rechtlicher Abwicklung entstanden sind, welche Probleme den ILS durch die Verzögerung entstanden sind, etwa im Blick auf den turnusmäßigen Hardwaretausch in Verbindung mit der Frage der Kompatibilität von alter und neuer Software mit den zu erneuernden Hardwarekomponenten, und wie der Ausfall der staatlichen Feuerweherschule Geretsried zur Ausbildung der ILS-Disponenten insgesamt aufgefangen wird?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts des Förderstopps des Programms „Kommunaler Klimaschutz – KommKlimaFör“ für Kommunen bereits am 18. September 2024 – ein Rückschlag in Bezug auf Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene in Bayern – ist es im Blick auf das bereits laufende Doppelhaushaltsjahr 2026 dringlich, dass die Staatsregierung Klarheit schafft über die Zukunft von Förderprogrammen zu Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien, weshalb ich die Staatsregierung frage, wann wird es Kommunen wieder möglich sein, Mittel über das KommKlimaFör zu beantragen, welche Mittel sind im Haushaltsentwurf 2026/2027 zur Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen in Kommunen konkret vorgesehen (bitte die jeweiligen Beträge und Haushaltstitel benennen) und was unternimmt die Staatsregierung, um zu erwirken, dass die Kommunen und sozialen Einrichtungen alsbald auch vom Bund wieder wirksam bei den dringend notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden (bitte jeweilige Aktivitäten

und avisierte Bundesförderprogramme benennen)?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Fördermittel für das Vertragsnaturschutzprogramm Wald im Jahr 2025 (bitte aufteilen in Gesamtfördermittel, Privatwald und Körperschaftswald), wie hoch ist die Förderfläche der Maßnahmen, die im Jahr 2025 neu bewilligt wurden (bitte aufteilen in Gesamtfläche, Fläche Privatwald und Fläche Körperschaftswald) und für welche Maßnahmen im Vertragsnaturschutzprogramm Wald war oder ist in den Jahren 2025 oder 2026 eine Antragstellung nicht möglich?

**Sabine Gross**  
(SPD)

Anlässlich des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) bezüglich der Preisdeckelung im Nahverkehr frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Trassenpreise in Bayern an das Urteil des EuGH anzupassen, wie sollen die voraussichtlichen Mehrkosten im Haushalt gedeckt werden und welche Auswirkungen wird das Urteil auf das Zugangebot haben?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in Bezug auf den Artikel „Rampe der Sommerhäuser Brücke gesperrt“ in der Main-Post vom 20.03.2026, welches genaue Ergebnis die Sonderprüfung der Rampe brachte, welche Planungen einer alternativen Einfahrt nach Sommerhausen durch einen Kreisverkehr oder eine Abbiegespur, die bereits 2017 angekündigt wurden mit dem Hinweis dass die Rampe erhebliche Schäden aufweist, konkret vorliegen (bitte hier auch den Zeitrahmen der geplanten Umsetzung darlegen) und warum nicht die Sperrung der Brückenauffahrt und die Umgestaltung der Alternativzufahrt zeitlich aufeinander abgestimmt wurden?

**Andreas Hanna-Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Pläne, Projekte und Vorhaben verfolgt das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention im Jahr 2026, welche Maßnahmen sollen neu initiiert oder umgesetzt werden und welche inhaltlichen Schwerpunkte setzt das Staatsministerium dabei in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Prävention?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf Basis welcher Vereinbarung wurden der Stiftung Kulturerbe Bayern Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Sanierung und Instandhaltung des Zerwirkgewölbes in München übertragen (bitte auch den Zeitpunkt und den Umfang der Verantwortlichkeiten darlegen), welche Vereinbarungen gibt es bezüglich der Bereitstellung von Mitteln von Seiten des Freistaates für diese historisch einmalige Gebäude (wenn möglich Haushalts-Titel nennen) und wie soll die Sanierung des Zerwirkgewölbes insgesamt sichergestellt und finanziert werden (bitte auch weitere dafür infrage kommende Stellen/Behörden/Auftragnehmer und infrage kommende kommunale Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten benennen)?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Projekte der „Bayern-Allianz gegen Desinformation“ sollen – vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer sachgerechten Entscheidungs-

grundlage für die anstehenden Haushaltsabstimmungen und der Erwartung, dass das Staatsministerium für Digitales hierzu bereits belastbare Planungen vorlegen kann (es wird ausdrücklich darum gebeten, in der Antwort nicht darauf zu verweisen, dass die Haushaltsberatungen noch ausstehen) – in den Jahren 2026 und 2027 aus den Haushaltstiteln StMD 16 03/686 01 („Innovationsfonds für digitale Leuchtturmprojekte“) sowie StMD 16 03/537 01 („Ausgaben für Digitalisierung“) finanziert werden, wie viel Haushaltsmittel sind jeweils für diese Projekte in den Jahren 2026 und 2027 vorgesehen, wer erhält im Rahmen dieser Projekte Fördermittel?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist die im Dezember 2025 angekündigte Produktion des neuen Zentralkanals für den Forschungsreaktor München II (FRM II) mittlerweile abgeschlossen, wurde mit dem Einbau in den Reaktor bereits begonnen und wann rechnet die Staatsregierung mit einer Wiederinbetriebnahme des FRM II?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder laut einer dpa-Meldung vom 10.02.2026 einen Informationsanteil von 60 Prozent beim Bayerischen Rundfunk gefordert hat, frage ich die Staatsregierung, hoch war der Anteil von Informationsangeboten am Gesamtprogramm des Bayerischen Rundfunks nach Information der Staatsregierung in den vergangenen fünf Jahren, wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund einer vorgegebenen Informationsquote mögliche Auswirkungen auf andere Programmsparten, insbesondere auf Angebote aus den Bereichen Kultur und Bildung, auch mit Blick auf die teilweise schwierige Zuordnung einzelner Formate (z. B. historischer Spielfilme) zu den Kategorien Kultur, Bildung oder Unterhaltung, wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Reuters Digital News Report, die seit Jahren ein sinkendes Interesse an Nachrichten („News Avoidance“) feststellt, die Erwartung, dass der Bayerische Rundfunk mit einem erhöhten Anteil an Informationsangeboten ein Publikum in seiner gesamten Breite erreichen kann, wenn gleichzeitig ein rückläufiges Interesse an Nachrichten in der Bevölkerung zu beobachten ist?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie und ab welchem Zeitpunkt können Kommunen, die in der Nachschubliste des Einzelplan 13 vorgesehenen Mittel für nach dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union förderfähige Mehraufwendungen, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe 2024 angefallen sind, beantragen und wie werden die im Begleitschreiben benannten „feststehenden Maßnahmen“ definiert?

**Oskar Lipp**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Planungen oder konkreten Vorbereitungen bestehen seitens der Staatsregierung zur Sicherstellung von Mindestvorräten an Nahrungsmitteln, Arzneimitteln sowie fossilen Energieträgern (insbesondere Erdgas, Kerosin, Diesel, Benzin, Erdöl, Heizöl) für den Verteidigungs-, Spannungs- und Bündnisfall (bitte jeweils getrennt nach Versorgungsbereich und Szenario darstellen sowie Angabe der rechtlichen

Grundlage), wie hoch sind die jeweils vorgesehenen oder tatsächlich vorgehaltenen Mindestmengen dieser Nahrungsmittel, Arzneimittel und Energieträger im Freistaat (bitte tabellarisch nach Energieträger bzw. Produktgruppe, Menge, Lagerort, Verantwortlichkeit sowie Stand jeweils zum 31.12. der Jahre 2023, 2024 und 2025 auflisten) und wer ist für Planung, Bevorratung, Koordination und Verteilung dieser strategischen Vorräte im Krisenfall zuständig (bitte konkrete organisatorische Umsetzung unter Angabe der beteiligten Behörden, Zuständigkeiten, vorhandener Notfallpläne und Kooperationsstrukturen darstellen)?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die gestiegenen Spritpreise im Bereich der Bayerischen Polizei haushalterisch bewertet, welche Auswirkungen diese auf die Budgets der Polizeipräsidien haben und welche Maßnahmen sie ergreift, um hierdurch entstehende Mehrbelastungen auszugleichen?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Liegenschaften hat die Stadt Memmingen derzeit vertragliche Vereinbarungen zur Nutzung als Asylunterkunft abgeschlossen, welche maximale Personenzahl können diese Asylunterkünfte aufnehmen und wie viele Personen sind derzeit darin jeweils untergebracht?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Fördermittel erhalten der Bioland e. V., die Bioland STIFTUNG und Junges Bioland e. V. in Bayern, wie begründet die Staatsregierung die öffentliche Förderung der genannten Vereine und ist deren politische Betätigung in außerlandwirtschaftlichen Bereichen wie „Demokratie und Vielfalt“ nach Ansicht der Staatsregierung mit dem ursprünglichen Zweck der Förderung vereinbar?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Treffen fanden seit dem 01.01.2018 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage zwischen Vertretern des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie des Staatsministeriums für Digitales und Vertretern der im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen statt (bitte tabellarisch nach Jahr, Staatsministerium, Fraktion – CSU, FREIE WÄHLER, AfD, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP), wer nahm an diesen Treffen seitens der Staatsministerien jeweils teil (insbesondere politische Leitung, Landtagsbeauftragte und sonstige Mitarbeiter; falls möglich bitte tabellarisch je Treffen unter Angabe von Datum, Staatsministerium, beteiligter Fraktion sowie konkreter Funktion/Position der teilnehmenden Personen innerhalb des Staatsministeriums, insbesondere politische Leitung, Landtagsbeauftragte und sonstige Mitarbeiter), wann fanden Treffen von Vertretern der genannten Staatsministerien mit Vertretern der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER vor oder während interner Arbeitssitzungen dieser Fraktionen statt (bitte tabellarisch nach Datum, Staatsministerium, Art des Treffens – vor/während der Sitzung – sowie teilnehmenden Funktionen aufgeschlüsselt)?

**Ruth Müller**

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Belastung von Böden,

- (SPD) Gewässern sowie land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen mit Radionukliden wie Cäsium-137 seit 1986 entwickelt hat (bitte nach Regionen aufschlüsseln), in welchen Bereichen aktuell noch erhöhte oder grenzwertrelevante Belastungen festgestellt werden sowie welche Maßnahmen die Staatsregierung derzeit zur Überwachung, Risikobewertung und Information der Bevölkerung ergreift?
- Benjamin Nolte**  
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, welche Ursachen sieht die Staatsregierung für die steigende Quote des Nichtbestehens beim Deutschtest der Polizei in Bayern und wie haben sich die sprachlichen Eingangsvoraussetzungen und Testanforderungen im gleichen Zeitraum verändert und welche Rolle spielen schulische Vorbildung, Migrationshintergrund und Vorbereitungskurse?
- Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vor dem Hintergrund der Bekanntgabe des Einstiegs der Bayern-Heim GmbH und des Siedlungswerks Nürnberg GmbH in das so genannte „Schocken-Carré“ am Aufseßplatz in Nürnberg<sup>1</sup> frage ich die Staatsregierung, wie sich die genannte Investitionssumme von 140 Mio. Euro aufschlüsselt, ob sie sich auf den Erwerb und die Übernahme des Grundstücks oder des Gesamtprojekts des von der ████████ realisierten Projekts bezieht und welche Projektstruktur und Zeitplanung dem Bau zugrunde liegt?
- Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vor dem Hintergrund der Entwicklungen rund um die Signa-Gruppe, insbesondere die Signa Prime Selection AG, frage ich die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand des Verkaufsprozesses des durch die Bayerische Versorgungskammer finanzierten Objekts „Am Hof“ in Wien (zuletzt 155 Mio. Euro), nachdem der ursprünglich geplante Verkauf im Herbst 2025 gescheitert ist (siehe dazu „Verkauf von Park Hyatt gescheitert“ vom 29.10.2025 auf wien.orf.at), wie ist der aktuelle Stand der Forderungen der Bayerischen Versorgungskammer aus dem BVK-EUROPA I-Immobilienfonds-ROAT (rund 4,7 Mio. Euro), insbesondere im Hinblick auf bereits erfolgte oder geplante Abschreibungen, die Werthaltigkeit der Forderungen sowie mögliche Ausfälle, und welche konkreten Kreditvergaben bestehen oder bestanden durch einzelne bei der Bayerische Versorgungskammer organisierten Versorgungsanstalten gegenüber Unternehmen der Signa-Gruppe (bitte unter Angabe der jeweiligen Versorgungsanstalt, der Höhe der Kredite, des konkreten Kreditnehmers sowie des aktuellen Stands der Rückforderung)?
- Julia Post**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Berechnungsgrundlage basiert der in Titelgruppe 82 des Einzelplans 10 (Tit. 82), im aktuellen Haushaltsentwurf der Staatsregierung, vorgesehene Ansatz von knapp 30 Mio. Euro für die Finanzierung der Gewaltschutzinfrastruktur in Bayern im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes des Bundes und welche konkreten Annahmen liegen dieser Summe zugrunde, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der zu finanzierenden Frauenhausplätze, der Bera-

---

<sup>1</sup> vgl. [https://www.nuernberg.de/presse/pdf/PM\\_20260225\\_0204\\_1\\_699f0fda887da.pdf](https://www.nuernberg.de/presse/pdf/PM_20260225_0204_1_699f0fda887da.pdf)

tungs- und Interventionsstellen sowie der Personal- und Sachkosten der Träger?

**Anna Rasehorn**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der geplanten Pisten- und Liftmaßnahmen am Fellhorn in einem Biotopkomplex von landesweiter bzw. nationaler Bedeutung sowie im Lichte der Änderungen durch das Dritte Modernisierungsgesetz frage ich die Staatsregierung, wie sie die Vereinbarkeit der geplanten Eingriffe (u. a. in sensible Fels- und Moorstandorte sowie Lebensräume geschützter Arten) mit den geltenden Naturschutzstandards bewertet, welche Schutzgebiete (FFH-Gebiet (FFH= Fauna-Flora Habitat), Vogelschutz, Naturschutz, Landschaftsschutz) und geschützte Tierarten tangiert sind und ob die Bestimmungen der Alpenkonvention, insbesondere des Bodenschutzprotokolls, eingehalten sind?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Mit Blick auf die angekündigte Umstellung der Finanzierung der Kindertagespflege in Bayern von einer kindbezogenen Förderung hin zu einer Kindertagespflegepauschale frage ich die Staatsregierung, wie will sie bei der geplanten Umstellung sicherstellen, dass die Tagespflegepersonen auch weiterhin eine auskömmliche Finanzierung ihrer Angebote erhalten, wie bewertet die Staatsregierung die Sorge, dass Angebote der Kindertagespflege wegfallen könnten, wenn durch den im Verbändeverfahren befindlichen Gesetzentwurf die Finanzierung durch den geplanten Wegfall von kindbezogenen Förderaspekten wie Gewichtungsfaktoren oder die dann fehlende Verpflichtung durch die Kommunen zur Mitfinanzierung in gleicher Höhe nicht mehr im bisherigen Umfang gesichert ist, und welche Rückmeldung hat die Staatsregierung seitens der Kommunen zu dieser Neuregelung im Erarbeitungsprozess des Gesetzentwurfs erhalten (insbesondere mit Blick auf die Frage nach Auszahlungsmodellen und freiwilliger Mitfinanzierung)?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pläne und konkreten Maßnahmen verfolgt die Staatsregierung, um Bayern – neben bestehenden Hotspots wie Frankfurt/Rhein-Main – als wettbewerbsfähigen und zugleich nachhaltigen Rechenzentrumsstandort in Deutschland zu positionieren, insbesondere im Hinblick auf KI-Rechenkapazitäten, digitale Souveränität und die Ansiedlung von Hyperscalern oder europäischen Alternativen, welche geeigneten Flächen für Rechenzentrumsansiedlungen hat die Staatsregierung in Bayern – insbesondere im Raum München/Oberbayern – identifiziert, wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Rechenzentrumsstrategie der Bundesregierung vom 18. März 2026 den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Stromnetzanschlusskapazitäten für Rechenzentren in Bayern, insbesondere im hochverdichteten Raum München/Oberbayern?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sind in den vergangenen zehn Jahren Änderungen der bundesrechtlichen Grundlagen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) oder der jeweiligen GAK-Rahmenpläne erfolgt, die eine investive Förderung von Naturparkzentren betreffen, sind oder waren Naturparkzentren nach der jeweils geltenden Rechts-

und Förderlage im Rahmen der GAK grundsätzlich förderfähig, und wie bewertet die Staatsregierung vor diesem Hintergrund die öffentliche Aussage, demnach ausgebliebene oder gekürzte Bundesmittel aus der GAK ursächlich für das Nichtzustandekommen der Finanzierung des Naturparkzentrums Steigerwald gewesen seien?

**Franz Schmid**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle mit vorausgegangenem oder gleichzeitigem „Kirchenasyl“ sind der Härtefallkommission des Landes Bayern seit 2022 zur Kenntnis gelangt oder von der Kommission aufgegriffen und behandelt worden (jeweils aufgeschlüsselt nach Jahren), wie bewertet die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass Kirchenasyl kein eigenes Rechtsinstitut darstellt, das zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Kirchen praktizierten Dossierverfahrens sowie der Zusammensetzung der Härtefallkommission des Landes Bayern mit Vertretungen der Kirchen sowie der freien Wohlfahrtspflege, die Frage einer faktischen Privilegierung kirchlich begleiteter Fälle und wie bewertet die Staatsregierung den Umstand, dass in einer großen Zahl von Kirchenasylfällen die Dublin-Überstellungsfrist abläuft, obwohl die inhaltliche Neubewertung durch das BAMF nur selten (2024 in nur einem Fall) zu einer geänderten Entscheidung führt (besonders hinsichtlich eines möglichen Anreizes zum Zeitgewinn für Asylsuchende)?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Feststellung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der CSU mehr Möglichkeiten haben, staatliche Fördermittel zu erhalten („Und Kandidaten der CSU haben mehr Möglichkeiten, sich einzubringen, Fördermittel, Unterstützung zu bekommen – aus München, aber auch aus Berlin.“ – siehe BR24 vom 07.02.2026), frage ich die Staatsregierung, ob angesichts dieser Zustandsbeschreibung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder ein Anfangsverdacht auf illegaler Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit, Subventionsbetrug, Veruntreuung oder sonstiger strafbarer oder dienstrechtlich relevanter Handlungen besteht, insbesondere im Kontext des Gleichheitsgrundsatzes in Art. 3 Grundgesetz (GG), inwiefern es diesbezüglich staatsanwaltschaftliche Ermittlungen oder Dienstaufsichtsverfahren gibt und wie der Stand der jeweiligen Vorgänge ist?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da im Bericht vom 27.10.2025, der durch den Antrag „Mehr Geld für Start-ups – Stiftungen als Kapitalgeber für Start-ups gewinnen“ initiiert wurde, steht, dass das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) plant, einen Runden Tisch mit den relevanten Stiftungen im Freistaat durchzuführen, um gemeinsam zu erörtern, wie Rahmenbedingungen verbessert und die Bereitschaft zu Investitionen in Venture Capital (VC) erhöht werden kann, frage ich die Staatsregierung, wie war der Runde Tisch gestaltet (bitte Teilnehmende und Zeitpunkt angeben), welche Erkenntnisse hat der Runde

Tisch hervorgebracht und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung ausgehend von diesen Erkenntnissen?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Registrierung der Identitären Bewegung als Partei im Register der Bundeswahlleiterin frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über Strukturen und Aktivitäten der Identitären Bewegung in Bayern vorliegen, ob sie im Fall der Identitären Bewegung die formalen und rechtlichen Voraussetzungen einer Parteigründung und den damit verbundenen Schutz des Parteienprivilegs für erfüllt hält und welche Erkenntnisse bayerischen Sicherheitsbehörden über eine geplante oder tatsächliche Beteiligung der Identitären Bewegung an Wahlen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene vorliegen?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen in den vergangenen drei Jahren, Spurenmaterial unbekannter Herkunft beim Kriminaltechnischen Institut des Bayerischen Landeskriminalamts auf Grundlage von Art. 32a Abs. 1 Polizeiaufgabengesetz (PAG) molekulargenetisch untersucht wurde und bitte um kurze Darstellung der jeweiligen zugrunde liegenden Sachverhalte sowie der Gründe, aus denen die Untersuchungen im Rahmen der Gefahrenabwehr und nicht der Strafverfolgung durchgeführt wurden?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Summe fördert der Freistaat das Pilotprojekt „Flusswasserwärmepumpe“ an der Regnitz in Bamberg, wie ist die Zeitachse für die Realisierung und wie sieht die Kooperation mit den Stadtwerken Bamberg aus?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die geplante Abschaffung der Einspeisevergütung für Solaranlagen mit einer Leistung bis zu 25 Kilowatt, wie es im Entwurf des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2027 vorgesehen ist, welche Auswirkungen erwartet die Staatsregierung für die bayerische Solarbranche und die Arbeitsplätze im bayerischen Solarbereich, wenn diese geplanten Änderungen in Kraft treten und wie hoch schätzt die Staatsregierung den Flächenbedarf für Energiepflanzen in Bayern ein, um die erste Bio-Treppenstufe aus dem geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GEG) der Bundesregierung von 10 Prozent bei einem Wärmebedarf in Bayern von 176 TWh zu erreichen?

**Arif Tasdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wer zu der Veranstaltung am 25. Februar 2026 zum „Startschuss Bauprojekt Schocken-Carré“ am Aufseßplatz sowie am 13. März 2026 zur Grundsteinlegung für das neue Zentrum für seelische Gesundheit am Klinikum Nürnberg jeweils eingeladen oder vorab informiert wurde, insbesondere welche kommunalen Mandats- und Funktionsträgerinnen und -träger sowie die örtlich zuständigen Landtagsabgeordneten, und wie die Staatsregierung Anlass und die zeitliche Nähe zur Kommunalwahl im Hinblick auf das Gebot staatlicher Neutralität und die Chancengleichheit der Parteien beurteilt, nachdem in den Medien öffentlich erkennbar ausschließlich politische Vertreterinnen

und Vertreter der CSU anwesend waren oder jedenfalls so dargestellt wurden?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Abschiebep Praxis in Bayern frage ich die Staatsregierung, wie viele Auszubildende oder Personen mit einem vorhandenen Ausbildungsvertrag sich unter den im Jahr 2025 aus Bayern abgeschobenen Personen befanden, wie viele der abgeschobenen Personen rechtskräftig wegen einer Straftat verurteilt waren und in welche Länder im Jahr 2025 Abschiebungen aus Bayern erfolgten?

**Matthias Vogler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Früherkennung (durch z. B. den nicht-invasiven Pränataltest (NIPT) oder das Ersttrimester-Screening (ETS) usw.) wurden in Bayern in den Jahren 2024 und 2025 diagnostiziert, in wie vielen Fällen wurden diese Test privat oder von der Kasse bezahlt und in wie vielen Fällen wurde bei positiver Diagnose ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt?

**Markus Walbrunn**  
(AfD)

Nachdem die hessische Landesregierung das Meldeportal „Hessen gegen Hetze“ nach erheblicher öffentlicher und parlamentarischer Kritik Ende 2025 zunächst grundlegend umgestaltet und im Februar 2026 vollständig abgeschaltet hat, frage ich die Staatsregierung, warum wird das bayerische Portal „Bayern gegen Hass“ mit seinem Projekt „REspect!“ nicht wie die Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ abgeschaltet oder zurückgefahren betreffend der Förderung durch den Freistaat, wann wurde die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a. e. V.) nicht mehr als empfohlener Kooperationspartner gelistet (bitte die Gründe hierfür darlegen) und welche Erkenntnisse ergab die Prüfung der Staatsregierung vor dieser Entfernung, insbesondere zum Hergang der ursprünglichen Aufnahme und zur damaligen positiven Bewertung dieses Vereins durch eine von der Staatsregierung selbst verantwortete Netzseite?

**Laura Weber**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass ohne den erforderlichen „Plan zur Beseitigung der Abfälle bei Störfall und Rückbau“ mit rechtlich tatsächlich durchführbaren Entsorgungswegen das Landratsamt drei Windkraftanlagen des Modells Enercon E 160 EP5 E2 in Fuchstal genehmigt hat, und bei der Montage 2023 festgestellt wurde, dass von den 19 angelieferten Rotorblättern 10 Stück (250 t GF/CF-Mischverbundfasern) beschädigt waren und ersetzt werden mussten, diese in Cuxhaven in einer speziellen Reparaturwerkstatt, die es nicht gibt, repariert werden sollten und die Transporte von dem Sonderparkplatz Pegnitz/Bayern nachts ohne Halt in Sachsen bis zur blockierten Autobahnabfahrt an der A 9 bei Coswig in Sachsen-Anhalt gingen, und die Rotorblätter Coswig weiter Richtung Cuxhaven verließen, frage ich die Staatsregierung, was mit den defekten Rotorblättern nach Kenntnis der Staatsregierung an der Nordsee geschah und wie man ausschließen kann, dass hier mit dem nächsten Schiff abermals gefährliche Abfälle aus Bayern ins Ausland verbracht wurden?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle bauliche Zustand des Schulhauses im Vorhof der Burg Cadolzburg, wann ist eine Sanierung geplant und welche Pläne verfolgt die Bayerische Schlösserverwaltung bezüglich einer zukünftigen Nutzung?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob zu den Ausbau- und Modernisierungsplänen am Fellhorn ein Förderantrag für Mittel aus dem Seilbahnförderprogramm oder aus anderen Haushaltstiteln im Tourismusbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus (StMELF) eingereicht wurde (bitte unter Angabe der Höhe der beantragten Mittel), wird die Staatsregierung, entgegen ihrer Ankündigungen die Förderung von Beschneiungsanlagen im Rahmen der Seilbahnförderung zu beenden, die Errichtung von Beschneiungsanlagen und deren Begleitinfrastruktur wie Schneiteiche fördern, ggf. mit Mitteln aus anderen Haushaltstiteln, und wie soll die im Bescheid zur Scheidtobelbahn vom 03.03.2026 gemachte Auflage in Punkt 5.2.4.3, dass alle nach Art. 30 Bayerisches Naturschutzgesetz (Bay-NatSchG) und Art. 23 BayNatSchG geschützten Biotop „bei einer Beeinträchtigung gleichartig und möglichst eingriffsnah auszugleichen“ sind, umgesetzt werden vor dem Hintergrund, dass der Antragsteller in den Antragsunterlagen vom 03.02.2026 selbst einen Großteil dieser geschützten Biotop als nicht wiederherstellbar und nicht ausgleichbar bezeichnet?

S